

Doppelter Tagessatz

In Berliner Wohnheimen sollen Obdachlose gegen Flüchtlinge ausgespielt werden

Markus Bernhardt

Die Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt verschärft sich. Mittlerweile sind es nicht mehr nur alteingesessene Kiezbewohner, die überall in der Stadt der Gentrifizierung weichen müssen. Selbst Obdachlose, die in Wohnheimen leben, sind mittlerweile von der Verdrängung betroffen.

So droht aktuell mehr als 30 Männern aus einem Wohnheim im Bezirk Moabit die Obdachlosigkeit. Die 33 von Zwangsräumungsmaßnahmen betroffenen Bewohner zwischen 20 und 50 Jahren leben bereits seit zwölf Jahren in der Unterkunft.

Die private Betreiberfirma des in der Berlichingenstr. 12 gelegenen Wohnheims »Gästehaus Moabit« hatte die Bewohner aufgefordert, sich zum 31. Januar dieses Jahres eine neue Unterkunft zu suchen, da Flüchtlinge in dem Gebäude untergebracht werden sollen. Nachdem einige von ihnen von dem Berliner »Bündnis Zwangsräumungen verhindern!« unterstützt wurden, wurde schnell bekannt, dass die neue Betreiberfirma des Wohnheims für die Aufnahme von Flüchtlingen den doppelten Tagessatz erhält. Der zuständige Sozialstadtrat Stephan von Dassel (Bündnis 90/Die Grünen) von Berlin-Mitte hat dem Eigentümer bereits mitgeteilt, dass weder Bezirk noch Senat in dem Haus Flüchtlinge unterbringen wollen, da die Standards nicht ausreichen. »Die Kündigungsmitteilung an die aktuellen Bewohner enthält jedoch die Information, ein neuer Betreiber würde nach dem 31.1.2016 umgehend mit Umbau- und Renovierungsarbeiten beginnen«, wie das »Bündnis Zwangsräumungen verhindern!« auf seiner Internetseite mitteilt.

Das Bündnis hatte sich mit einem Offenen Brief an die Abgeordneten der für Moabit zuständigen Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Berlin-Mitte gewandt. »Bis eine adäquate alternative Bleibemöglichkeit gefunden ist, muss der aktuelle Wohnraum

erhalten bleiben und ggfs. so behutsam saniert werden, dass die Bewohner währenddessen bleiben können«, forderte das Bündnis. Schließlich existierten »in Berlin angemessene Möglichkeiten zur Unterbringung von Wohnungslosen«. Die von den Betreibern des Wohnheims billigend in Kauf genommene Spaltung von Wohnungslosen und Flüchtlingen geht nicht auf. »Die betroffenen Bewohner sind solidarisch mit den Geflüchteten und fordern angemessenen Wohnraum für alle«, stellte das Bündnis klar. »Dass ein Marktmechanismus die Unterbringung selbst derjenigen regeln solle, die in extremen Notsituationen sind, ist menschenverachtend.«

<http://www.jungewelt.de/2016/01-09/033.php>